

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus
und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4680 –**

Ausländische Wirtschaftsinvestoren in den neuen Bundesländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der Ansiedlung ausländischer Unternehmen können an den jeweiligen Standorten neue Arbeitsplätze entstehen. Am 24. Januar 2007 sagte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, anlässlich der Eröffnung des neuen Dell-Betriebszentrums in Halle, dass Ostdeutschland ein Wirtschaftsstandort mit Zukunft sei.

1. Welches sind die derzeit zehn größten ausländischen Investoren im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern, und in welchem Umfang wurden von diesen Investoren in den Jahren 1991 bis 2006 Direktinvestitionen getätigt (bitte pro Jahr und jeweils in Euro beziehungsweise umgerechnet in Euro aufschlüsseln)?
2. An welchen Standorten sind die derzeit zehn größten ausländischen Investoren im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland vertreten, und wie viele zusätzliche Dauerarbeitsplätze sind durch die Direktinvestitionen am jeweiligen Standort entstanden?
3. An welchen Standorten sind die derzeit in den neuen Bundesländern zehn größten ausländischen Investoren im Verarbeitenden Gewerbe vertreten, und wie viele zusätzliche Dauerarbeitsplätze sind an den jeweiligen Standorten durch die Direktinvestitionen entstanden?
4. Welche Investitionen der je für Gesamtdeutschland und in den neuen Bundesländern zehn größten ausländischen Investoren im Verarbeitenden Gewerbe gehen auf direkte Bemühungen der Bundesregierung, insbesondere der Bundesgesellschaft Invest in Germany GmbH und der The New German Länder Industrial Investment Council GmbH (IIC) bzw. der am 10. Januar 2007 neu gegründeten Bundesgesellschaft für Standortmarketing und Investorenanwerbung Invest in Germany GmbH, zurück?

5. In welcher Höhe flossen ausländische Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern in den Jahren von 2000 bis 2006 in zukunftsweisende Technologien (optische Technologien, Biotechnologien, erneuerbare Energien, Nanotechnologie, Medizintechnik, Luft- und Raumfahrt), und wie viele zusätzliche Dauerarbeitsplätze sind dabei an den jeweiligen Standorten entstanden (bitte einzeln aufschlüsseln)?
6. In welcher Höhe sind in den Jahren 2005 und 2006 Fördermittel des Bundes, der Länder und der Europäischen Union an die zehn größten ausländischen Investoren im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern im Einzelnen geflossen (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 bis 6 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Fragen können nicht auf Basis der vorhandenen Statistiken beantwortet werden. Die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland werden von der Deutschen Bundesbank erfasst und nur als aggregierte Gesamtdaten für Deutschland veröffentlicht. So betrug der Bestand an unmittelbaren und mittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland im Jahr 2004 ca. 345,2 Mrd. Euro. Die Daten einzelner Unternehmen werden aufgrund des Datenschutzes nicht veröffentlicht.

Aus von den Unternehmen selbst veröffentlichten Daten sind große ausländische Investoren in den neuen Länder bekannt. Dazu gehören z. B.:

- Advanced Micro Devices, Werke in Dresden (rund 3 000 Beschäftigte),
- Dow Chemical, Werke in Böhlen, Schkopau, Leuna, Teutschenthal (rund 2 300 Beschäftigte),
- Berlin-Chemie AG, Berlin (Vervierfachung der Anzahl der Beschäftigten auf rund 4 000 gegenüber 1996),
- Mercer International, ZSG in Arneburg (rund 580 Beschäftigte),
- First Solar Inc., Frankfurt/Oder (rund 400 Beschäftigte),
- Adam Opel GmbH, Werk Eisenach (rund 1 900 Beschäftigte),
- Aker Yards ASA, Werke Rostock-Warnemünde und Wismar, (rund 2 300 Beschäftigte).

Ergänzend zu Frage 4

Entsprechend der Antworten zu o. g. Fragen kann auch nicht benannt werden, welche der zehn größten ausländischen Investoren je für Gesamtdeutschland bzw. die neuen Länder auf direkte Bemühungen der Bundesregierung, insbesondere vom IIC bzw. Invest in Germany zurückgeht. Das IIC hat von 1998 bis 2006 an 128 erfolgreichen Ansiedlungen ausländischer Investoren mitgewirkt. Dabei waren Investitionen von ca. 5,6 Mrd. Euro angeworben worden. Die Ansiedlungsprojekte umfassten über 13 000 bereits existierende Arbeitsplätze, ein weiterer Ausbau auf knapp 22 000 Arbeitsplätze wird erwartet. Die Aufgabe von Invest in Germany war bisher das Standortmarketing für Deutschland und nicht die gezielte Einzelwerbung ausländischer Investoren.

Ergänzend zu Frage 5 und 6

Auch aus den Förderstatistiken können die zehn größten Investoren im verarbeitenden Gewerbe nicht abgeleitet werden, da sich die Förderung auf einzelne Investitionsprojekte bezieht und z. B. Ersatzinvestitionen nicht mehr gefördert werden, so dass auch deshalb kein Gesamtüberblick über die Investitionen möglich ist. Bei der GA-Förderstatistik wird nicht zwischen in- und ausländischen Unternehmen unterschieden. Im Rahmen der Investitionszulagenförderung wer-

den von den Finanzämtern auch wegen des zu beachtenden Steuergeheimnisses keine Einzelfälle veröffentlicht.

7. Welche zehn wichtigsten Hemmnisse für die Gewinnung ausländischer Investoren im Verarbeitenden Gewerbe für die neuen Bundesländer sieht die Bundesregierung derzeit, und welche Gegenmaßnahmen ergreift sie?
8. Welche zehn wichtigsten Hemmnisse für die Gewinnung ausländischer Investoren im Verarbeitenden Gewerbe für die neuen Bundesländer sah die Bundesregierung von 1995 bis 2006 (bitte je Jahr getrennt aufschlüsseln)?
9. Welche zehn wichtigsten Hemmnisse für Investitionen in den neuen Bundesländern wurden der Bundesregierung von Seiten der ausländischen Investoren in den Jahren von 1995 bis 2007 genannt (bitte je Jahr getrennt aufschlüsseln)?

Die Fragen 7 bis 9 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat keine Rangliste mit den zehn wichtigsten Hemmnissen bzw. diese bei den ausländischen Investoren abgefragt. Die Standortbedingungen in den neuen Ländern sind für ausländische Investoren gerade im verarbeitenden Gewerbe sehr attraktiv. Standortvorteile, die von den ausländischen Investoren in Gesprächen genannt werden sind z. B. deutlich verbesserte Infrastruktur, die breite und innovative Forschungslandschaft, die entstandenen Cluster, die es auch ausländischen Investoren ermöglichen, von den Absatz- und Beschaffungsketten zu profitieren, die Teilnahme am größten Markt innerhalb der EU, die niedrigen Kosten z. B. bei Grundstücken, die schnellen und flexiblen Wirtschaftsverwaltungen und nicht zuletzt die guten Förderbedingungen, die aufgrund des Ziel-1 Status bei der Unternehmensförderung in den neuen Bundesländern möglich sind. Als Standortnachteile werden genannt die Arbeitsmarktstrukturen und die Steuerbelastung. An der Verbesserung dieser Bedingungen arbeitet die Bundesregierung durch die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen und den Bürokratieabbau im Rahmen ihrer Mittelstandsinitiative. Außerdem werden die Standortbedingungen laufend überprüft und wo notwendig verbessert. So fördert die Bundesregierung z. B. derzeit mit der High-Tech-Strategie den Technologiestandort Deutschland. Zur besonderen Berücksichtigung der neuen Länder bei den Förderprogrammen des Bundes wird auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Förderung von Mittelstand und Existenzgründern in den neuen Ländern“ (Bundestagsdrucksache 16/2567) verwiesen. Auch die gesamtdeutschen Maßnahmen unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern.

10. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung bis 2009 hinsichtlich der Gewinnung ausländischer Investoren für die neuen Bundesländer?

Die Regierungsfractionen haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die besondere Werbung um ausländische Investoren für die neuen Länder zu intensivieren. Mit verstärkten Investitionen ausländischer Unternehmen sollen die Wirtschaftsstruktur verbessert und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Ausländische Unternehmen bewirken zudem sehr häufig eine gute Einbindung – teilweise auch ihrer Zulieferer – in internationale Absatz-, Beschaffungs- und Innovationsnetzwerke. Um diese Ziele zu erreichen, stärkt die Bundesregierung durch die Zusammenführung der beiden Gesellschaften IIC und Invest in Germany das Standortmarketing für Deutschland und die Investoren-

werbung insbesondere für die neuen Länder, da die Aufgaben in einer einheitlichen Organisation effizienter und für die ausländischen Investoren erkennbarer erledigt werden können. Außerdem werden die Mittel aus dem Bundeshaushalt für die neue Gesellschaft mit nunmehr ca. 16 Mio. Euro im Jahr 2007 deutlich erhöht. Hiervon kommen zur Stärkung der Investorenwerbung für die neuen Länder und ergänzend zu den Mitteln des federführenden Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 5 Mio. Euro aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.